

Lichterdemo am 21. November 2014
Fotocollage auf Seite 12

ALiNa Nr. 6 • Winter 2014/15

Liebe Leserin, lieber Leser,

5.639 Hamburger Haushalte wurde in den ersten drei Quartalen des Jahres 2014 der Strom abgestellt. Aller Voraussicht nach wird es noch hunderte weitere Haushalte treffen. Im gleichen Zeitraum versandte Vattenfall 447.970 Mahnschreiben. In beiden Fällen werden die Vorjahreszahlen weit übertroffen. Meist einkommensschwache Menschen können die steigenden Stromkosten nicht mehr auffangen und müssen die Zahlungen einstellen. In den letzten Jahren explodierten auch die Heizkosten und selbst Wasser wurde in vielen Haushalten abgestellt.

So darf niemand behandelt werden. Strom, Wasser und Wärme sind grundlegende Bestandteile der menschlichen Versorgung. Solche Strom-, Gas- und Wasserzufuhrabsperren darf es nicht mehr geben!

DIE LINKE fordert eine kostenlose Grundversorgung mit Wasser und Energie für alle Menschen.

Für Empfänger/-innen von Grundsicherungsleistungen, Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Kinderzulagen muss der Kauf von sparsamen Neugeräten durch die zuständigen Stellen finanziert bzw. bezuschusst werden.

Hamburg ist sozial tief gespalten. Während fast 43.000 Millionäre über ein Geldvermögen von mehr als 210 Milliarden Euro verfügen – einschließlich der Sach- und Immobilienwerte wären es laut dem Magazin Hinz & Kunzt vom Januar 2012 sogar 467,5 Milliarden Euro – war in Hamburg die Armutsgefährdungsquote seit Jahrzehnten noch nie so hoch wie jetzt. 2013 waren 16,9% der Hamburger Bevölkerung von Armut bedroht. Niedriglöhne, Minijobs, Reallohnverluste, mangelnde Bildungszugänge, hohe Mieten, jederzeit kündbare Leiharbeit und Arbeitslosigkeit sind einige Faktoren für ein Leben in oder am Rande der Armut.

Hamburg könnte viel mehr tun, um Lebensbedingungen zu verbessern. Dazu gehört auch eine andere Steuerpolitik, so wie sie **DIE LINKE** vorschlägt. Wer reich ist und sehr viel verdient, muss auch mehr Steuern für die gesamte Gesellschaft abführen als bisher.

Machen Sie sich mit den politischen Lösungsvorschlägen der Linken vertraut, überzeugen Sie sich von unseren Haltungen und Vorstellungen und **wählen Sie am 15. Februar 2015 DIE LINKE in die Hamburgische Bürgerschaft.**

**Wir wünschen Ihnen ein schönes Jahr 2015 –
und viel Vergnügen beim Lesen!**

Ihre ALiNa-Redaktion

INHALTSVERZEICHNIS:

Die bauliche Zerstörung Altonas geht weiter	Seite 2
„Bürgerwillen verbindlich machen“ ist gewonnen!	Seite 5
Bushaltestellen Gerichtsstraße endlich zurückverlegt	Seite 5
Bilderrätsel	Seite 6
Die Linksfraktion Altona fordert eine Frauenbeauftragte	Seite 6
Zehn Jahre Hartz IV – Ein Grund zum Feiern?	Seite 7
Flüchtlinge willkommen heißen	Seite 8
Kommentar	Seite 8
Der Hamburger Haushalt 2015/2016	Seite 10
Landstrom für Kreuzfahrtschiffe	Seite 11
Lichterdemo „Schluss mit der Zerstörung Altonas“	Seite 12
Demonstration „Weg mit dem PKK-Verbot“	Seite 13
Die Kämpfernatur – Murat Günes, Betriebsrat bei Neupack	Seite 14
Erfahrungen mit der AfD im Europaparlament	Seite 16
IS-Rekrutierungen	Seite 17
Wie die Industriestaaten der EU die Lebendgrundlage in Afrika zerstören	Seite 18
Frau Blankau, was ist Ihnen unsere Gesundheit wert?	Seite 20
Solidarität mit Kobane	Seite 21
Ausstellung 350 Jahre Altona: Was war, was ist, was wird	Seite 22
Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für die Bürgerschaftswahlen	Seite 23
Regelmäßige Termine	Seite 24

Die bauliche Zerstörung Altonas geht weiter

Ein subjektiver Sachstandsbericht im Winter 2014/15

Im Zuge der Wohnungsnot geht die Entwicklung weiterhin rasant in die Richtung der Innenverdichtung und Aufstockungen im Kerngebiet sowie der Bebauung von Schul- und Grünflächen. Dies werde ich an einigen hervorsteckenden Beispielen verdeutlichen.

der Stadt gehört, ist der dort zur Verfügung stehende Wohnraum begrenzt, was erst einmal noch gar nichts mit Kapitalismus und Spekulation zu tun hat, sondern mit räumlicher Begrenztheit, die erheblich nur dadurch erweitert werden kann, dass man - siehe oben - verdich-

hatten errichtet werden.

Haben Anwohnerinitiativen nicht aber seit den 70er oder 80er Jahren dafür gekämpft, dass gerade das nicht geschieht? Keine City West in Ottensen war die letztlich erfolgreiche Forderung der AltonaerInnen. Und auch heute weh-

finden, oder sind es berechnete Widerstände für den Erhalt gesunder und lebenswerter Wohnverhältnisse? Ich denke, letzteres.

Seit der in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts von Stadtplanern und Architekten ins Leben gerufenen Charta von Athen ist die Forderung nach Licht, Luft und Grün für die viel zu stark verdichteten, um nicht zu sagen völlig zugebauten Wohnviertel der Arbeiterschaft vor allem nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges auch in Altona teilweise umgesetzt worden (wobei ich ausdrücklich nur diesen Aspekt der Charta von Athen positiv beurteilen möchte).

Die Folge waren drei Grünzugringe, die bereits in der Mitte der 20er Jahre von dem damaligen Altonaer Bausenator Gustav Oelsner angegangen wurden, indem die Stadt Altona

während der Weltwirtschaftskrise private Parks pleitegegangener Kapitalisten aufkaufte und öffentlich zugänglich machte. Dies setzte er nach dem Krieg als städtebaulicher Berater des Hamburger Senats fort, indem er beispielsweise in dem völlig zerbombten Stadtkern von Altona-Altstadt die Schaffung des heute noch bestehenden Grünzuges durchsetzte, den Vattenfall so gerne für seine Moorburger Fernwärmetrasse abgeholt hätte, was bekanntlich von der Bevölkerung durch einen massiven Widerstand verhindert werden konnte.

Diese Errungenschaften, die teils von der Bevölkerung erkämpft, teils von den

Fabrikanten aus Sorge um ihre vorzeitig dahinsterbenden Arbeitskräfte (in Ottensen betrug die Lebenserwartung durchschnittlich 29 Jahre) unterstützt und von weiterblickenden Stadtplanern wie Oelsner aufgegriffen und formuliert wurden, werden heute wieder in Frage gestellt und zurückgefahren, wobei sich die Interessen des Kapitals, bestehend aus Finanzinvestoren, Baukonzernen, Wohnungswirtschaft und Projektentwicklern sowie den ihnen in der Regel willfährigen Verwaltungen und politi-

Bezüglich der Umwandlung von Altbau-Wohnungen in Eigentums- oder Luxuswohnungen spielt die besonders von den Grünen geforderte thermische Sanierung eine große Rolle, weil sie das ohnehin stumpfe Schwert der Sozialen Erhaltungsverordnungen vielfach unterläuft, denn Soziale Erhaltungsverordnungen bewirken letztlich nichts anderes als eine behördliche Genehmigungspflicht für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen oder Aufwertung von Mietwohnungen, wobei



Bauprojekt „Fette Höfe“ am Spritzenplatz: hochpreisige Riesensuswohnungen

Zuvor möchte ich aber einige grundsätzliche Erwägungen zu dieser Frage erörtern.

Natürlich ist es schade, wenn man dort keine bezahlbare Wohnung findet, wo man gerne wohnen möchte. Wenn das angestrebte Wohnquartier aber dem Zeitgeist und den ihm zugrunde liegenden Realisierungsträumen phantastischer Renditen zu den attraktivsten

tet, erhöht und öffentliche Infrastrukturflächen bebaut und damit genau das bedroht und letztlich zerstört, was die Attraktivität der Quartiere ausmacht.

Um mich auf den Bezirk Altona und speziell Ottensen zu beschränken: wenn allen, die es derzeit wollen, eine Wohnung im Schanzenviertel oder in Ottensen ermöglicht werden sollte, müssten Hochhäuser wie in Shanghai oder Man-

ren sich die AnwohnerInnen gegen brutale Bauvorhaben in ihren Wohnblock-Innenbereichen. Erfolgreich waren und sind dabei beispielhaft die Ottenser Initiativen am Moltkeblock und am Hohenzollernring (Ottensen 60).

Sind das nun egoistische Abwehrmaßnahmen privilegierter Alt-AnwohnerInnen, die verhindern wollen, dass auch andere Interessierte Wohnungen



Zeise-Parkplatz: Es werden Fakten geschaffen

schen Entscheidungsträgern (Parteivertretern) mit denen wohnungssuchender Besserverdiener vor allem aus dem Finanz-, IT-, Medien- und Consult-Gewerbe decken.

Die Folge war und ist der ungehemmte Neubau möglichst renditeträchtiger Eigentums- oder Luxusmietwohnungen in Form von Aufstockungen, Innenbereichsverdichtungen oder der Bebauung von ehemaligen Industrie- oder auch öffentlichen Grün- bzw. anderweitigen Allgemeinbedarfsflächen wie Bunkern oder Schulgeländen, wo Einstiegsmietten von derzeit nicht unter 13 bis 16 Euro gefordert und auch realisiert werden.

der Unterschied zwischen der nicht zulässigen Luxusmodernisierung und der zulässigen und sogar geförderten energetischen Sanierung äußerst schwammig und auslegbar ist.

Dies alles hat nach der Wende und dem bis dahin rückläufigen Wohnungsbedarf in ganz Hamburg zu einer umgekehrten Entwicklung geführt, die Hamburg als Tor zum Osten mit einem zuvor nicht bestehenden Hinterland zur Boomtown und Drehscheibe für gewaltige Geschäfte werden ließ, die entsprechend viele gut dotierte Arbeitsplätze im gehobenen Dienstleistungsbereich entstehen ließ. Diese neue Mittelschicht vorwie-

gend mobiler Singels unterschied sich von der vorangegangenen Mittelschicht überwiegend familiär- und standortgebundener leitender Angestellter und Beamter, die es kinderbedingt in die Einzelhaus-Vororte gezogen hatte, dadurch, dass sie in die Viertel drängten, in denen etwas los war, Parties, Bars, Events usw..

beiterwohnungen mit Kohleheizung, Duschkabine in der ehemaligen Speisekammer und Gemeinschaftsklo auf dem Treppenabsatz boten Migrantenfamilien, Studenten-WGs und Künstlern eine ungemein kostengünstige Wohnung mit voll kreativer Entfaltungsmöglichkeit.

Noch viel ungezügelter konnte dies in den damals vieler Orts existierenden

kleinere, erkämpfte Grünanlagen wie der Kemal-Altun-Platz, wurde Ottensen als Wohnstandort immer attraktiver und teurer und für immer weniger Leute der alt- und mitteinsässigen Bevölkerung bezahlbar, während den nachrückenden Singels Mieten von 16 Euro kein Problem zu sein scheinen, da sie in London, New York oder Singapur das Doppelte



Vom Abriss bedroht: Ottenser Hauptstraße/Ecke Spritzenplatz

Aus diesen Vierteln wurden die alteingesessenen Arbeiterfamilien mit dem Untergang bzw. der Verlagerung der kerngebiets- und hafennahen Fabriken und Logistikstandorte (Menck&Hambrock, Zeise, Friedrichs, Gutmann, Asche, Haller-Meurer, dem Altonaer Hafen, dem zentralen Eisenbahnstandort und v.a.m.) ab den 70er Jahren verdrängt bzw. ließen sich durch die erweiterten Mobilitätsmöglichkeiten mit ihrem neu erworbenen VW-Käfer ebenfalls in die grüne Peripherie verdrängen.

Die nun kaum vermietbaren alten Ar-

Handwerker-Hinterhofgebäuden in Form des Ausbaus sog. Loft-Etagen verwirklicht werden. Die Handwerksbetriebe waren zuvor als Zulieferer der Industrie mit dieser untergegangen.

Das dort von der Wohnungsinhaber-Kapitalistenseite nur als menschliches Zwischennutzungs-Verwertungsmaterial angesehene gemischte Publikum erwies sich allerdings als äußerst widerständig und beharrlich. Nicht zuletzt dadurch, allerdings auch durch die im Krieg weitgehend nicht zerstörte schöne gründerzeitliche Bausubstanz und

zahlen müssen.

Beispiele für diese Entwicklung gibt es überall im Altonaer Kerngebiet und insbesondere in Ottensen. Ottensen Westend, Fischerhöfe, Sichelfläche an der Elbe an der Einfahrt Richtung Museumshafen usw.

Dazu und zu anderen vielleicht noch zu verhindernden städtebaulich und sozialen Fehlentwicklungen in der nächsten Ausgabe der Alina mehr: Spritzenplatz, Zeisewiese, Kolbenhof, um nur ein paar Brennpunkte zu nennen.

Robert Jarowoy

Der Bürgerentscheid „Bürgerwillen verbindlich machen“ ist gewonnen!

„Es war knapp – aber gewonnen haben wir doch. Die Stichfrage war letztendlich entscheidend: 55,66 % der gültigen Stimmen sind eindeutig für unseren Vorschlag, den Bürgerwillen verbindlich zu machen, indem die Einheitsgemeinde Hamburg aufgelöst wird,“ schreibt das Altonaer Manifest, das diesen Bürgerentscheid initiiert hatte.

Was können GegnerInnen eines Bürgerentscheids tun, um diesen möglichst scheitern zu lassen?

- **Sie legen den Bürgerentscheid in die Schulferien.** Vom 10. bis zum 24. Oktober waren Hamburger Herbstferien. Exakt in dieser Zeit lief der Bürgerentscheid. Viele hatten nicht einmal zu Ferienbeginn ihre Wahlunterlagen erhalten. Der 24.10.14 war ein Freitag (normalerweise finden Wahlen an einem Sonntag statt), so dass diejenigen, die am Wochenende aus den Ferien zurückkamen, auch keine Chance mehr hatten, zu wählen.
- **Sie verwirren die Menschen, indem sie eine eigene Vorlage machen, die ganz ähnlich klingt.** So haben die Parteien der Bezirksversammlung (mit Ausnahme der LINKEN) von SPD, CDU, FDP, GRÜNEN (die AfD hat sich dem angeschlossen) eine ähnlich klingende Vorlage zur Abstimmung gestellt, die allerdings nur einen Appell an den Senat bedeutet und keinen rechtsverbindlichen Charakter haben wird, denn ausdrücklich wollen sie z.B. die Einheitsgemeinde erhalten. Damit wird also Hamburg weiter auch für bezirkliche Angelegenheiten zentral vom Senat regiert und die Bezirke erhalten keine Selbstverwaltungsrechte und Bürgerentscheide werden auch nicht verbindlich sein. Eigentlich standen diese beiden Vorlagen alternativ zur Abstimmung. Aber die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat beiden Vorlagen zugestimmt. Deswegen war dann auch die Stichfrage entscheidend.



Alle Tricks und Mittelchen haben nichts geholfen. Der Bürgerentscheid hat trotzdem die 55,66 % Zustimmung bekommen. Fair hat sich das Netzwerk Altonaer Manifest allerdings nicht behandelt gefühlt.

Wie geht es nun weiter?

„...Das Bezirksamt Altona wird dementsprechend gemäß § 27 BezVwG dem Senat empfehlen, die dazu notwendigen Gesetze zu beschließen.“ D.h. die Gesetze, die nötig sind, damit Bürgerentscheide zukünftig verbindlich sind.

Dann muss der Senat innerhalb von sechs Wochen Stellung beziehen: Das wäre am 8. Dezember.

Es ist allerdings davon auszugehen, dass der Senat auch diesen Bürgerentscheid evoziert, also kassiert. Dann wird es darum gehen, über einen Diskussionsprozess mit Initiativen aus den anderen Bezirken (die ja das gleiche Problem haben) einen hamburgweiten Volksentscheid vorzubereiten.

Die Entscheidung eines Volksentscheids ist inzwischen verbindlich und muss vom Senat umgesetzt werden.

Marlit Klaus

Bushaltestellen Gerichtstraße endlich zurückverlegt!



Die Initiative „Bushaltestelle Gerichtstraße zurück“ hat über ein Jahr beharrlich gekämpft. Jeden Mittwoch gab es an der Haltestelle eine Kundgebung und eine kleine Demonstration.

Die Protestler*innen haben Unterschriften gesammelt und haben an unterschiedlichen Türen bei den Behörden gerüttelt, haben Anträge und Forderungen gestellt und mit dem Staatsrat gesprochen. Sie haben nicht locker gelassen.

Mitte September hat Hans Grote (Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer) der Initiative bestätigt, dass die Haltestellen wieder vor das Amtsgericht und gegenüber des Amtsgerichts zurückverlegt werden.

Marlit Klaus

Bilder- rätsel:

„Wem gehört die Hand?“

Auflösung in der
nächsten ALiNa



Auflösung Bilderrätsel
aus der ALiNa Nr. 4:

„Wisst ihr, wo es ist?“

Auflösung:
Fischauktionshalle am
Fischmarkt Altona

Die Linksfraktion Altona fordert eine Frauenbeauftragte für den Bezirk Altona

Ausschnitt aus dem Antrags-Text:

„Die Gleichstellung von Frauen und Männern gehört zu den grundlegenden verfassungsrechtlichen Zielen und muss daher **auch** Schwerpunkt der **bezirklichen** Arbeit sein!

Im Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm der Hansestadt Hamburg vom 5. März 2013 heißt es: Es ist die verfassungsrechtliche Aufgabe des Staates Frauen und Männer nicht nur gleich zu behandeln, sondern darüber hinaus die tatsächliche Durchsetzung ihrer Gleichberechtigung zu fördern und auf die Beseitigung stehender Nachteile hinzuwirken.....“

Soweit schöne Worte. Eine praktische Umsetzung vor Ort muss u.a. in den Bezirken erfolgen. Es gibt jedoch in Altona keine ausdrückliche Frauenbeauftragte, lediglich eine/n Gleichstellungsbeauftragte/n für die Mitarbeiter*innen in den Behörden, angesiedelt beim Personalrat. Unsere Nachfragen bezüglich eines Gleichstellungsberichts für den Bezirk blieben erfolglos, mit dem Kommentar, dass diese Arbeit „eingeschlafen“ sei. Der Bedarf ist allerdings nach wie vor vorhanden, denn von einer Gleichstellung der Geschlechter sind wir weit entfernt. Um eine personelle und finanzielle Handlungsfähigkeit zu gewährleisten, muss eine solche Stelle eingerichtet und mit einem eigenen Budget ausgestattet werden. Im Ausschuss für Soziales, Integration, Arbeit und Flüchtlinge wurde die entsprechende Fachbehörde eingeladen und die Gesetzesänderungen sowie deren Anwendung für die Mitarbeiter*innen in den Behörden erläutert. Weitere Debatten dazu soll es im neuen Jahr geben.

Unsere Forderungen:

Der Bezirk Altona darf sich seiner gesetzlichen Verantwortung nicht entziehen.

Für eine Bezirkliche Beauftragte, die ausdrücklich für die Gleichstellung von Männern und Frauen zuständig ist und mit eigenem Budget ausgestattet wird.

Marlit Klaus, Hamide Scheer

Zehn Jahre Hartz IV – Ein Grund zum Feiern?

Hartz IV feiert sein zehnjähriges Jubiläum. Ein Grund zum Feiern? Kaum eine Reform, wie das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ hat bis heute mehr politische Brisanz und Diskurs erfahren. So nahm 2005, das im Ausland hochgeschätzte Schröder'sche Reformpaket, seinen Einzug bis in die intimsten Sphären der Leistungsberechtigten und deren Familien. Sozialverbände, Betroffene, Gewerkschaften und Teile der Politik zeigen anhand von Studien und Statistiken auf, dass die Agenda 2010 weder zu mehr Arbeitsplätzen noch zu einer Vereinfachung der damaligen Arbeitslosenhilfe geführt hat. Befürworter fokussieren den Erfolg auf die steigende Zahl der Erwerbstätigen. Vergessen wird dabei, dass die Anzahl der atypischen Arbeitsverhältnisse und Befristungen linear zu Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stieg, die immer weniger verdienen für die gleiche Arbeit. So lautet der Grundsatz der Jobcenter, dass es allemal besser sei, für wenig oder weniger Geld zu arbeiten, als Stammgast in der hiesigen Behörde zu bleiben.



Aktion vor dem Jobcenter am 2. Oktober 2014

gen weichen dem Überlebenskampf einer Existenz. Gemessen an der hohen Anzahl der Aufstockerinnen und Aufstocker, deren Lohn nicht ausreicht und sie ergänzend Arbeitslosengeld II beziehen müssen, die weit gefasste Zumutbarkeitsregelung und die Erpressbarkeit durch die scharfen Sanktionen in Hartz IV führt zu dem Ergebnis, dass es sich bei dieser Reform um eine Verschiebung der sozialen Sicherheit handelt. Entstanden ist somit ein System voller



Inge Hannemann bei der Aktion am 2. Oktober 2014

Die Gewinner der Reform sind die Unternehmen und Aktionäre mit ihren steigenden Profiten und Renditen. Eine verheerende Folge daraus ist die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen. Langfristige Lebensplanun-

Widersprüche, welche die Menschen entrechtet, entmündigt und zur politischen Passivität anleitet.

Durch die niedrigen Regelsätze und dem daraus folgenden Ausschluss zur gesellschaftlichen Teilhabe beteiligen sich immer weniger Menschen an Kundgebungen oder sonstigen Aktivitäten. Die Menschen haben vor der Politik resigniert, was die sinkende Wahlbeteiligung aufzeigt. Es isoliert nicht nur die Betroffenen selbst, sondern frisst sich durch die ganze Familie und deren Freundeskreis. Mögen die

Gewinner der Reform die Unternehmen sein, so sind die „Verlierer“ diejenigen, denen es nicht mehr möglich ist, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Eine Lösung kann nur die Einführung einer repressionsfreien Mindestsicherung sein, die Erhöhung der derzeitigen Regelsätze auf mindestens 500 Euro und eine Erhöhung der (Mindest-)Löhne, um eine Unabhängigkeit von Behörden zu erreichen. Menschen mit einem niedrigen Einkommen (Arbeitslosengeld I und II, AufstockerInnen, RentnerInnen, Erwerbsunfähige, Kinder- und Jugendliche) müssen die Chance erhalten über ein wirkliches Sozialticket an öffentlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Hartz IV hat somit nicht nur zur Explosion des prekären Arbeitsmarktes geführt, sondern führt zu einer Spirale einer nicht mehr absehbaren Altersarmut. Wir leben in einer Gesellschaft, die gespalten und immer mehr von Entsolidarisierung geprägt ist.

Kurzum, es gibt keinen Grund zum Feiern, sondern nur viele Gründe zu handeln. Als Die Linke ist es unsere Aufgabe, die Menschen dort abzuholen, wo sie sind. Im Sinne von hundert Prozent sozial und solidarisch.

Inge Hannemann

Flüchtlinge willkommen heißen – Dumpfbacken die Straße nehmen!

Viele Menschen fliehen weltweit vor Kriegen, Armut, Hunger und Verfolgung. Es sind mehr als 50 Millionen Getriebene, so viele wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr. Es geht um das nackte Überleben und um eine sichere Lebensperspektive. Nur wenige Verzweifelte werden diese auch erreichen, denn viele Staaten schotteten sich gegen Flüchtlingseinwanderung ab. Die Mitgliedsländer der Europäischen Union

geliefert, mit ihnen geschossen und gemordet, Staaten in Krisen, Chaos und Leid getrieben. Dass nunmehr Menschen auf der Flucht vor Hunger und Tod in ein sicheres Land gelangen wollen, war vorhersehbar und hätte niemanden überraschen sollen.

Viele Bundesbürger/-innen ziehen solche Zusammenhänge und helfen solidarisch und tatkräftig. Andere lassen sich von rassistisch geprägten Vorurteilen,

Ängsten und Haltungen leiten, demonstrieren vor Unterkünften gegen Flüchtlinge, greifen Menschen und Gebäude an oder zünden sie auch schon einmal an wie jüngst im bayerischen Städtchen Vorra. Sammlungsbebewegungen wie „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) oder wie die „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ missbrauchen die furchtbaren Taten des IS in Syrien und im Irak, um Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen und alle Menschen, die dem islamischen Glauben anhängen, über den Terrorismuskamm zu scheren.

In Dresden gingen am 8. Dezember 2014 rund 10.000 und eine Woche darauf 15.000 Menschen mit dieser diffusen, völlig abstrusen Haltung auf die Straße. Mittendrin Abgeordnete der rechten Partei Alternative für Deutschland, NPD-Kader, rechtsextreme Hooligans, darunter Anhänger von Dynamo Dresden, und bekannte Neo-Nazis aus Sachsen. Sie waren es auch, die im Vorfeld dieser und weiterer Demonstrationen Netzwerke im Internet aufbauten, eine rassistische Stimmung entfachten und fast unmerklich immer mehr sogenannte Follower hinter sich brachten.

Im Laufe der Wochen trauten sie sich immer zahlreicher auf die Straßen. Nicht nur in Dresden, sondern auch in vielen anderen deutschen Städten wie Düsseldorf oder Kassel. Immer wieder versuchen DemonstrationsteilnehmerInnen zu betonen, man sei ja gar nicht ausländerfeindlich und gegen Flüchtlinge. „In Dresden

nannte der Veranstalter Lutz Bachmann Auffangstädte für Flüchtlinge ‚Heime mit Vollversorgung‘, während sich die deutschen Alten ‚manchmal noch nicht mal ein Stück Stollen leisten können zu Weihnachten‘.“ (Handelsblatt vom 09.12.14)

In Düsseldorf gehörte der AfD-Politiker Alexander Heumann zu den Mitorganisatoren der „Dügida“-Kundgebung, auf der er laut „Handelsblatt“ (aus dem Artikel „Die unerwünschten »Retter des Abendlandes«“ vom 09.12.14) folgendes sagte: „Warum werden 145.000 rechtskräftig abgewiesene Asylbewerber nicht konsequenter abgeschoben? Wir können nicht das Sozialamt für alle Wirtschaftsflüchtlinge dieser Welt sein!“ Es ist dieselbe Demagogie wie bei der NPD. Demnach würden Menschen nicht vor den unsäglichen Zuständen ihrer Heimatländer fliehen, sondern in parasitärer Absicht den deutschen Sozialstaat schröpfen wollen. Krieg, Hunger und Verfolgung, so wird nicht nur indirekt unterstellt, sind nicht ursächlich für die Einwanderung.

Rechtsextreme Hooligans und Ultras aus dem Umfeld vieler bekannter Fußballvereine, darunter die Dortmunder „Borussenfront“, Neo-Nazis der Parteien Die Rechte, Pro NRW und NPD sowie zahlreiche VertreterInnen der AfD mischen munter mit, wenn es um die Teilnahme, Mitorganisation und um die Mobilisierung zu den HoGeSa-, Pegida- oder Dügidaaufmärschen geht. Einzelne Rocker-Gangs, Redakteure der faschistischen Wochenzeitung „Die Freiheit“, rechtsradikale Liedermacher und Musikgruppen unterstützen diese ebenso wie „normale“ Menschen, die bisher selten oder gar nicht politisch in Erscheinung traten. In Köln, dort wurde wiederholt das Heben vieler Arme zum sogenannten Hitlergruß beobachtet, randalierte der 5.000 TeilnehmerInnen zählende rechte Mob und führte damit nicht zum ersten Mal in erschreckender Weise vor Augen, wie viele sich für rassistisch motivierte und islamfeindliche Aktionen mobilisieren lassen.

Die Innenminister der Bundesländer stellten in einer Presseverlautbarung vom Wochenende 14. Dezember 2014 fest, dass es für die rechtsextremen Parteien, Organisationen und Gruppen wieder einen erheblichen Zulauf geben würde und die Zahl der Demonstrationen, der anderen Veranstaltungen, der Übergriffe und Anschläge stark zugenommen habe. Dies ist so beunruhigend wie wenig verwunderlich. Die Regierungen

in Thüringen, Sachsen und in anderen Bundesländern taten sich bisher schwer, die Umstände und die Mitverantwortung an den Anschlägen und Morden der NSU aufzuarbeiten. Manche politische MandatsträgerInnen, Ämter für Verfassungsschutz und andere Institutionen scheinen eher daran interessiert zu sein, eine Aufklärung nicht in die notwendige Tiefe gelangen zu lassen.

Dagegen machen zum Beispiel einige Ergebnisse der Sozialstudie „Zusammenleben in Hamburg“ Mut, die jüngst veröffentlicht wurden. Demnach sind 90% der Befragten der Ansicht, dass Deutsche und Zuwanderer in ihrem Stadtteil gut miteinander auskommen würden, wenn auch knapp 30% der Befragten auch von Benachteiligungen im Umgang mit Behörden und bei der Wohnungssuche zu berichten wissen. Die Studie hebt unter anderem hervor: „Eine gelungene Integration in die Gesellschaft kann gelingen, wenn die deutsche Mehrheitsbevölkerung, die Zuwanderer und die staatlichen Behörden sich um ein offenes und tolerantes Miteinander der verschiedenen Personengruppen in der Hansestadt bemühen.“

Dazu gehören nach Überzeugung der Linken (vergleiche den Beschluss des Parteivorstandes vom 29.11.2014) eine ernst zu nehmende und gelebte Willkommenskultur für Flüchtlinge und EinwandererInnen sowie ein Politikwechsel in der Asylpolitik! Denn das gegenwärtige Aufenthalts- und Asylverfahrensrecht dient mehr der Abschreckung und orientiert sich zu wenig an menschenrechtlich orientierte Leitlinien. Die Residenzpflicht und die entwürdigende Unterbringung in Sammelunterkünften gehört abgeschafft. Flüchtlinge sollen ihren Aufenthaltsort frei wählen können. Ihre Unterbringung muss dezentral organisiert werden. Es wäre weit besser, wenn sie in Wohnungen mitten in Stadtteilen mit nachbarschaftlicher Anbindung statt in Containern und Heimen leben könnten.

Flüchtlinge sollten einen sofortigen Zugang zu Arbeit und Bildung haben, damit sie gesellschaftlich teilhaben und eine wirtschaftliche Selbstständigkeit erlangen können. Sie sollten einen uneingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung und den sozialen Sicherungssystemen haben. Das Asylberwerberleistungsge- setz als entwürdigende Instanz gehört ebenfalls abgeschafft. Diese Maßnahme würde die Kommunen sogar entlasten.

Deutsche Konzerne verdienen durch Waffenlieferungen an jeden Konflikt. Deshalb fordern wir Linken das Ende der Waffenexporte und eine Politik, die Ursachen für Flucht wirksam bekämpft statt Flüchtlinge mit einer abweisenden Politik zu bekämpfen. Es ist wichtig, gemeinsam auf allen Ebenen für eine bessere Politik zu kämpfen. Und es ist wichtig, rechtsextremes und rassistisches Gedankengut von der Straße zu treiben.

Kommentar von Volker Vödtsch



Flüchtlinge willkommen heißen!

geben dafür viele hundert Milliarden aus: für Grenzzäune in Nordafrika, für sogenannte Sicherungssysteme an der Südost-Grenze der EU oder für militärische Schnellboote im Mittelmeer. Flüchtlingsboote werden abgedrängt oder sinken auf dem Weg in die vermeintliche Sicherheit. Mehr als 20.000 Menschen starben vor den europäischen Küsten.

In Deutschland beantragten im Jahr 2013 rund 130.000 Menschen Asyl, in diesem Jahr werden es mehr sein. Regierungen auf Länderebene und in Kommunen waren darauf weder organisatorisch noch konzeptionell vorbereitet. Eigentlich unerklärlich, denn die Bundesrepublik war wie die anderen EU-Länder mittelbar wie unmittelbar an Kriegen, Embargos und Einfuhrbeschränkungen beteiligt. Waffen wurden verkauft und

Der Hamburger Haushalt 2015/2016

Was passiert in Hamburg mit den Steuern? Wie entwickelt sich der Haushalt?

Die in der Hamburger Verfassung mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP verankerte Schuldenbremse hinterlässt dramatische Bremsspuren. Eine wachsende Stadt Hamburg mit wachsenden sozialen und kulturellen Aufgaben mit einem seit Jahren proportional schrumpfenden Gemeinwesen führt überall zu Problemen. Besonders kräftig bedroht sind folgende Bereiche:

- **Die soziale und kulturelle Infrastruktur in den Stadtteilen**
- **Die Schule mit der großen Aufgabe der Inklusion**
- **Die Universitäten**
- **Der Kita-Bereich, wo in Hamburg einer der bundesweit schlechtesten Betreuungsschlüssel für Kinder existiert – eine schlechte Situation sowohl für die Kinder als auch für die Beschäftigten.**

Wir lehnen das Prinzip der Schuldenbremse grundsätzlich ab. Die langjährige Chefin der Hamburger Diakonie, Annegrethe Stoltenberg, sagt dazu: „Mit der Schuldenbremse kann man nichts gestalten“ (Welt 18.9. 2012).

Mit der Schuldenbremse schafft sich die Politik selbst ab.

Richtig dramatisch wird es, wenn mit der Schuldenbremse die Einnahmen nicht erhöht werden. Die vom Senat geplante „Begrenzung des Ausgabenanstieges“ auf 0,88 Prozent (bei vielen Institutionen sogar auf Null Prozent) führt bei Ausgabensteigerungen im sozialen Bereich für Miete und Personal von über durchschnittlich drei Prozent zu jährlichen Verlusten von über zwei Prozent. Das

sind nach zehn Jahren Kürzungen von über 20 Prozent!!!! Und viele Institutionen haben diese Begrenzung schon seit etlichen Jahren! **Das ist ein Würgegriff des Kürzens. Der Senat hat mit diesem Haushalt verkündet, dass sich die Kürzungstrecke nicht nur bis ins Jahr 2020 erstreckt, sondern bis ins Jahr 2024 (wenn der sogenannte Doppische Haushalt ausgeglichen ist).**

Das ist Kampfansage an die Gewerkschaften, das ist Aufforderung zur Tariffucht. Es führt dazu, dass die Mitarbeiter in diversen sozialen und kulturellen Strukturen sich zunehmend nicht mehr um ihre Arbeit kümmern können, sondern sich Stunden über Stunden über neue Akquise von finanziellen Mitteln Gedanken machen müssen.

Und das ist Kürzen nach dem Rasenmäherprinzip. Denn die grundsätzliche Ideologie der Schuldenbremse sagt, dass die staatlichen Aktivitäten beschränkt werden müssen und können.

Die Linke will durchaus staatliche Aktivitäten beschränken: Wir wollen keine Elbphilharmonie, wir brauchen keine neuen Milliarden für Olympia. Wir finden es eine Frechheit, wie die Deutsche Bahn die Stadt in der Neuen Mitte Altona ausquetscht. Aber das Rasenmäherprinzip des Senats kürzt nicht in diesen Aktivitäten, sondern in den sozialen und kulturellen Einrichtungen und in der Wissenschaft. Und es verhindert die dringend notwendigen zusätzlichen Investitionen in Kitas und Schulen.

Im Kern ist die so organisierte Schuldenbremse nichts anderes als Klassenkampf: Das, was sie den Reichen mit den Steuerreformen der letzten 15 Jahre geschenkt haben und noch laufend weiter schenken, nehmen sie jetzt den sozialen und kulturellen Strukturen und den Beschäftigten der Stadt ab.



Auch in Hamburg gibt es Möglichkeiten, die Steuereinnahmen zu verbessern

Mehr Einnahmen!!

Ein wesentliches Element der Umverteilung sind die Steuern. Diese werden allerdings vor allem auf Bundesebene erhoben. Doch ziehen wir eine Bilanz der letzten Jahre mit dem Höhepunkt der rot-grünen Umverteilungspolitik von unten nach oben: Allein durch diese Ausfälle hat Hamburg kumuliert für die Jahre 2000 bis 2011 über 4 Mrd. Euro verloren.

Die Linke hat ein **Steuerkonzept auf Bundesebene** vorgelegt, das die Einnahmensituation des Bundes, aber vor allem der Länder und der Kommunen kräftig verbessert. Allein die Erhebung der Millionärssteuer ergibt eine Erhöhung der Einnahmen der Stadt um jährlich 580 Mio. Euro.

Aber auch in Hamburg gibt es Möglichkeiten, die Steuereinnahmen zu verbessern:

- Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer von derzeit 4,5 Prozent auf 6,5 Prozent. Das entspricht dem gegenwärtigen Satz in Schleswig-Holstein. Damit kann die Stadt jedes Jahr zusätzlich ca. 150 Mio. Euro einnehmen.
- Die bessere Ausstattung mit Betriebsprüfern und Steuerfahndern, die sich schwerpunktmäßig nicht den kleinen überschaubaren Unternehmen widmen sollen (deren Kontrollen haben in den letzten Monaten und Jahren zugenommen). Sondern diese sollen sich mit den Einkommensmillionären und den internationalen Gesellschaften auseinandersetzen.
- Die Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze.

Gegenwärtig steht die Linke noch recht einsam im Kampf gegen die Schuldenbremse da. Aber in Spanien hat die sozialdemokratische PSOE, nachdem sie im Jahre 2011 der Schuldenbremse zugestimmt hatten, gerade im November beschlossen, die Schuldenbremse aus der Verfassung wieder zu streichen. Das wäre doch ein Vorbild für die anderen Parteien von Grünen über SPD bis zur CDU in Hamburg!

Norbert Hackbusch

Landstrom für Kreuzfahrtschiffe – eine gute Idee, aber nicht ausreichend

Zu diesem Fazit gelangten Malte Siebert vom NABU und unser Bürgerschaftsabgeordneter Norbert Hackbusch am 2. Dezember 2014 im „Elbblick“ oberhalb des Altonaer Kreuzfahrt-Terminals.

mit Landstrom vermindert zwar deren Schadstoffemissionen während der Liegezeit. Sobald die Dampfer wieder ablegen, wird aber besonders viel ungefilterter gefährlicher Dreck ausgestoßen.

Hinzu kommt: Sobald die Schiffe die

ger Hafen anlaufen. Insgesamt stammt fast die Hälfte der in der Luft gemessenen Schadstoffe im Hafengebiet von Schiffen.

Die einzige wirksame Abhilfe wäre die Verwendung von sauberem Treibstoff wie Diesel und der Einbau von Rußfiltern und Katalysatoren – wie bei Autos längst selbstverständlich.

Etliche fachkundige BesucherInnen der Veranstaltung – vom Lotsen über den Kapitän bis zum Reedereiangestellten – beteiligten sich lebhaft an der Diskussion. Die beiden Referenten versprachen, sich weiter nach Kräften dafür einzusetzen, dass die Luft (nicht nur) in Altona sauberer wird.

Da sich die GRÜNEN nur noch für die Umwelt einsetzen, wenn dies nicht mit den Interessen der Wirtschaft kollidiert – was hier natürlich der Fall wäre – wird unsere Partei dies verstärkt tun müssen.

Dabei können wir mit Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung rechnen: Ohne Sorgen atmen können – das wollen schließlich alle.

Werner Haertel



Passagierschiff in Altona Foto: Reinhard Schuldt/flickr.com

Die Veranstaltung der Stadtteilgruppe Altona-Altstadt war gut besucht. Stellschilder und Handzettel hatten wohl ebenso ihre Wirkung gezeigt wie Mund-zu-Mund-Propaganda im benachbarten Woermann-Seefahrtswohnheim.

Die im nächsten Jahr beginnende Versorgung von Kreuzfahrtschiffen

Stadtgrenze erreicht haben, also vor Wedel, darf sogar das extrem umweltbelastende Schweröl verfeuert werden – und die Abgase ziehen dann meist mit dem Wind Richtung Hamburg...

Das gilt natürlich genauso für Containerschiffe, die in wesentlich größerer Anzahl als die Kreuzfahrer den Hambur-

„Lichterdemo – Schluss mit der Zerstörung Altonas!“ am 21. November 2014 in Ottensen



„Weg mit dem PKK-Verbot!“ Demonstration am 29. November 2014 in Altona



Die Kämpfernatur

Murat Günes, Betriebsrat bei Neupack

Jetzt sind sie wieder aus, die Feuer-tonnen. Das Streikzelt ist abgebaut, die Fahnen eingerollt. Planmäßig verlassen die fertigen Produkte wieder das Stellingner Werk des Verpackungsherstellers Neupack. Die Arbeiter/innen erscheinen pünktlich zur Schicht und sie machen pünktlich wieder Schluss.

Es scheint, als wäre nichts gewesen. Als wäre es immer so friedlich zugegangen. Als hätte hier nicht acht Monate lang die härteste Streik-Auseinandersetzung der letzten Jahre getobt. Als hätten sich hier nicht Streikbrecher und Streikende erbitterte Gefechte geliefert.

Murat Günes war in vorderster Front dabei. Der 41-Jährige aus der Türkei, mit 3-Tage-Bart und Che-Guevara-Mütze, war das Gesicht dieses Streiks. Man sah ihn so im Rathaus, am Streikposten, auf Demonstrationen, bei Versammlungen. Und heute? „Es hat sich alles normalisiert, aber die Atmosphäre ist noch immer vergiftet“, sagt Günes.

Er erzählt von Abmahnungen und Kündigungen wegen Kleinigkeiten. Einige Kollegen sind auch von sich aus gegangen, allein vier Ehemalige arbeiten jetzt auf einer Baustelle. „Wer ist der nächste?“, fragen sich die Neupack-Leute jeden Tag aufs Neue.

Bis 2012 kannten nur Eingeweihte die Firma Neupack. Der Verpackungshersteller ist ein klassischer Zulieferer. Eine dieser Firmen, die niemand kennt, weil die bekannten Marken erst zum Schluss auf das Produkt draufgedruckt werden.

Knapp 200 Beschäftigte arbeiteten in den beiden Werken in Rotenburg an der Wümme (Niedersachsen) und Hamburg-Stellingen, und stellten dort unter anderem Margarine Dosen und Joghurtbecher her.

Die Arbeitsbedingungen beschreibt Günes, der seit den 1990er Jahren bei Neupack arbeitet, als hart, die Bezahlung als schlecht, aber unterschiedlich

schlecht. So kam es vor, dass Kollegen, die dieselbe Arbeit machten wie andere, völlig unterschiedlich bezahlt wurden.

Wer was bekam, entschieden die Arbeitgeber nach Gutsherrenart. Es war diese Willkür, die die Leute so sauer gemacht hat, und die schließlich zum Streik führte.

Murat Günes ist kein Heißsporn. Wer ihn kennt, weiß, dass er sehr sachlich diskutieren kann. Zehn Jahre war er Be-



Murat Günes

triestrat. Er kannte die Unternehmerfamilie Krüger, der die Firma gehört, gut. Er kannte sie als Kapitalisten der alten Schule. Von der Sorte, wie es sie eigentlich schon gar nicht mehr gibt.

Als Günes und seine Leute einen Tarifvertrag forderten, lehnten die Krügers erwartungsgemäß ab. Dann eben Streik. Im November 2012 ging es los.

Zwei bis drei Tage dauert das höchstens, raunten ihm die Arbeitgeber zu, als es soweit war. Aber ganz offensichtlich hatten sie sich da verschätzt.

Die Versuchung lag ja auch nahe. Aus so vielen verschiedenen Nationen stammte die Belegschaft von Neupack: aus Russland, aus Griechenland, der Türkei, Afrika, den Philippinen und noch mehr Ländern. Die verschiedensten Sprachen, Kulturen und Religionen

waren in der Belegschaft vertreten, Aleviten, Schiiten, Kurden. Die meisten Leute waren zwar organisiert, aber ohne jede Arbeitskämpferfahrung. „Teile und herrsche funktioniert“, sagt Günes. Um nach einer Kunstpause hinzuzufügen: „Bei uns nicht.“

Andererseits hatten auch die Streikenden die Gegenseite unterschätzt.

Denn die agierte von Beginn des Streiks an noch härter als erwartet.

Als wäre das 19. Jahrhundert nie vergangen. Sie überzog die Streikenden mit Anzeigen und juristischen Verfahren und heuerte in großem Stil polnische Streikbrecher an.

Ein Umstand, der wiederum die Streikenden zu mehr Eskalation zwang. Sie blockierten fortan die Zufahrten zum Werk, um die Streikbrecher aufzuhalten und die Auslieferung der von ihnen produzierten Produkte zu stoppen. Immer wieder gerieten sie mit dem Werkschutz und der Polizei aneinander. Es gab Handgreiflichkeiten, ja sogar Verletzte.

Doch dann geschah noch etwas Unerwartetes. Die ganze Stadt solidarisierte sich mit den Neupack-Leuten. Beschäftigte anderer Betriebe brachten Kaffee und Kuchen und Holz zum Heizen für die Streikposten. Immer wie-

der Demonstrierenden Tausende für die Neupack-Beschäftigten und gegen die Krüger-Familie. Im St.-Pauli-Stadion wurden Transparente hochgehalten. Ein Solikreis traf sich regelmäßig, verteilte Flugblätter, es entstanden Kontakte zu Parteien, Gewerkschaften, Verbänden.

Doch dann kamen auf einmal auch wieder Konflikte von ganz anderer, unerwarteter Seite. Denn nicht nur mit der Geschäftsleitung, auch mit der eigenen Gewerkschaft musste Günes lange und harte Auseinandersetzungen führen. Die IG BCE wollte „flexibel“ streiken, also abwechselnd die Arbeit niederlegen und dann wieder aufnehmen, was Günes und die meisten Streikenden ablehnten. „Solange die Lager nicht leer waren, hat uns das nur geschadet“, schimpft er noch heute.

Der Streik wurde immer schmutziger. Man kann kaum noch zählen, wie oft der Arbeitgeber versuchte, Günes auf juristischem Wege loszuwerden. Ein Gerichtstermin jagte den nächsten. „Da liefen manchmal zehn Verfahren parallel“, sagt Günes.

Bis zum Sommer hielten die Neupack-Beschäftigten durch, dann war es vorbei. Das Ergebnis des Streiks: ein paar Betriebsvereinbarungen, aber eben nicht der erhoffte Tarifvertrag.

Haben die Arbeiter/innen verloren? „Ja und nein“, sagt Günes. Viele Kollegen seien jetzt besser dran als vor dem Streik. Einige verdienen jetzt deutlich mehr Geld als vorher. „Es gibt nicht nur Negatives, sondern auch viel Positives.“

Andererseits haben wir unsere Ziele nicht erreicht.“

Jetzt sind die Feuer-tonnen aus, aber die Streikbrecher arbeiten zum Teil immer noch bei Neupack und die Gerichtsverfahren sind noch da. Bei den Günes' ist der Tisch im Schlafzimmer noch immer voller Papierkram.

Seit fast 20 Jahren lebt Murat Günes ununterbrochen in Hamburg. In Altona, in unmittelbarer Nachbarschaft der IKEA-Baustelle. Seine Kinder gehen hier zur Schule. Auch seine Frau arbeitet bei Neupack - Teilzeit.

„Ich musste sie von der Notwendigkeit des Streiks nicht überzeugen.“

Sie kennt den Betrieb ja selbst.“ Andere Verwandte halfen, die Kinder zur Schule zu bringen, wenn Günes Streikwache hatte oder Gerichtstermine. „Ohne ihre Hilfe hätte ich das Handtuch geworfen. Sie haben mir den Rücken stark gemacht.“

Günes kommt aus einer politischen Familie in Anatolien. Nach dem Tod der Mutter zog er nach Istanbul, wo er zunächst arbeitete. 1991 kam er als Tourist zum ersten Mal nach Hamburg und entschloss sich, zu bleiben.

Doch es war schwierig, hier Fuß zu fassen, er bekam keine Passverlängerung, und musste in der Türkei zum Militär. Erst nach Jahren gelang es ihm, sich hier niederzulassen. Er fing bei Neupack an, zunächst als Leiharbeiter. So begann alles.

Inzwischen hat sich Murat Günes auch politisch niedergelassen. Während des Streiks ist er Mitglied bei der LINKEN geworden.

„Eigentlich wollte ich das nicht, solange ich noch nicht eingebürgert bin“, sagt Günes. „Doch dann habe ich erfahren, dass ganz viele Leute auch ohne deutschen Pass bei der LINKEN sind.“ Also trat er ein.

Warum DIE LINKE? Andere Parteien hatten den Neupack-Streik schließlich auch unterstützt. SPD und Grüne hatten Solidaritäts-Botschaften gesandt. Selbst bei CDU und FDP hielten viele zu den Streikenden. Stimmt, aber die

Solidarität der LINKEN war dann doch einzigartig.

Bürgerschaftsabgeordnete wie Kersten Artus und Mehmet Yildiz waren fast täglich da – und auch dann, wenn die Kameras aus waren. „Kersten und ihr Mann waren sogar am Silvesterabend bei uns. Diese Solidarität hat uns tief beeindruckt“, sagt Günes. Immer wieder fragten die LINKEN: „Was können wir für euch tun? Was könnt ihr brauchen?“

In der Bürgerschaft stellten sie zahlreiche Anträge, um die Streikenden zu unterstützen. Sie brachten Solidaritätserklärungen, aber auch Vorschläge zur Stärkung des Streikrechts ins Parlament ein, gegen den Einsatz von Leiharbeitern, gegen die Ausbeutung der Rechte des Betriebsrats. Es war Unterstützung, die für Günes nicht unerwartet kam. Schon lange hatte er die Entwicklung der LINKEN verfolgt. Schon früher galten seine Sympathien WASG und PDS und ihrem Kampf gegen Krieg, gegen Ausbeutung.

Auch jetzt noch, wo die große mediale Aufmerksamkeit weg ist, suchen die LINKEN das Gespräch mit ihm. Kürzlich war Günes in Berlin bei der Bundestagsfraktion, deren Abgeordnete Jutta Krellmann und Sabine Zimmermann sich an den Einschätzungen und Erfahrungen des Streikführers interessiert zeigten.

Für Murat Günes geht der Kampf weiter. „Es gibt noch viele Krügers, viele Neupacks.“

Ulf Schönert

Einladung ins Kino 3001 am 24. Januar 2015 • 16.30 Uhr

„Das ist unser Streik“ NEUPACK – Dokumentation eines 9-monatigen Arbeitskampfes

Hajo Rieckmann und Puschki Aalders
mit Unterstützung des mpz 2014 / 63 Min.

Am 1. November 2012 traten 110 Arbeiterinnen und Arbeiter, über die Hälfte der Belegschaft der beiden Werke der Firma Neupack in Hamburg und in Rotenburg an der Wümme, in den Streik für einen Tarifvertrag. Es folgte ein Arbeitskampf, der 9 Monate und 9 Tage dauerte.

Im Anschluss an dem Film gibt es die Gelegenheit, mit den Filmern und der zentralen Person des Streikes, Murat Günes, zu diskutieren.

Der Eintritt ist frei auf Einladung von der Partei DIE LINKE in Altona.

Unsozial und scheinheilig – Erfahrungen mit der AfD im Europaparlament

Am 25. Mai fand parallel zu den Wahlen der Hamburger Bezirksversammlungen auch die Wahl zum Europaparlament (EP) statt. Die Alternative für Deutschland (AfD) konnte dank 7% der Wählerstimmen (insgesamt bundesweit mehr als 2 Millionen Stimmen) sieben Abgeordnete ins EP entsenden. Dazu gehören unter anderem der Hamburger Professor und Parteisprecher Bernd Lucke, der im Ausschuss für Wirtschaft und Währung sitzt oder der Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel (Industrieausschuss). Angeschlossen hat sich die AfD im Europaparlament der Fraktion der Konservativen und Reformisten (EKR), in der die britischen Konservativen die größte Gruppe bildet. In der EKR gibt es mit den Abgeordneten der Dänischen Volkspartei und der Wahren Finnen aber auch klar rassistisch-rechte Parteien.

Die AfD inszeniert sich gerne als Protestpartei, die „den kleinen Mann“ vertritt. Anhand einiger Äußerungen aus dem



Protest gegen rechtes Misstrauensvotum

Europaparlament, lässt sich gut zeigen, dass die AfD wirtschafts- und sozialpolitisch aber für eine sogar noch schärfere Haltung als CDU oder SPD steht. Klar ist, sozial und gerecht ist diese Partei nicht.

RentnerInnen zum Beispiel werden von der AfD nur enttäuscht werden. Bernd Lucke forderte kürzlich – gestützt auf EU-Empfehlungen – mehr Sozialkürzungen in Deutschland: „Die EU fordert eine spätere Verrentung, aber die Bundesregierung beschließt mit der Rente ab 63 das Gegenteil.“ Dass die von der GroKo beschlossene Rente mit 63 nur für einen sehr kleinen Kreis an Arbeitnehmern gilt, ist dabei egal. Sein Parteifreund Konrad Adam führte ebenfalls aus, dass Menschen länger und nicht kürzer arbeiten sollten. Die Rente mit 67, die faktisch eine Rentenkürzung ist, weil nur ein Bruchteil der Menschen bis 67 arbeitet, ist der AfD offenbar nicht genug. Schon jetzt müssen Millionen Menschen mit Altersarmut rechnen. AfD-Wahlplakat: „Die Bürger sind systemrelevant. Sonst Nichts.“. Scheinheiliger geht's nicht.

Als es um die Befragung der neuen EU-Kommissare ging,

geißelte Bernd Lucke den französischen Kandidaten Pierre Moscovici – dieser habe in seiner Zeit als Minister die länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission kaum verwirklicht. Dabei ging es um Haushaltskürzungen, Kürzungen im Rentensystem und Verschlechterung der Arbeitsrechte. Derselbe Lucke, dessen Partei gerne über die EU gemeckert hat (AfD-Wahlplakat: „Mehr für Bürger. Weniger Brüssel“), will deren unsoziale Politik, die nur den Reichen und Konzernen dient, in Frankreich konsequent umgesetzt wissen. So schlimm scheint Brüssel also nicht zu sein.

Die Nominierung des britischen Konservativen Jonathan Hill zum Kommissar für Finanzstabilität und Finanzdienstleistungen erregte einigen Protest. Hill gilt als Lobbyist der Londoner Finanzbranche. Die AfD blieb still – sie verlor nicht ein kritisches Wort über diesen skandalösen Vorgang, einen Lobbyisten zum EU-Kommissar zu machen. Die milliardenschweren Bankenrettungsschirme, die die AfD kritisiert hatte, spielen keine Rolle mehr (AfD-Wahlplakat: „Basisdemokratie statt Bankenherrschaft“).

Auch die derzeit verhandelten Freihandelsabkommen TTIP und CETA werden mittlerweile von den Europaabgeordneten Hans-Olaf Henkel und Joachim Starbatty recht offen begrüßt. Starbatty sprach sich klar für Sondergerichte aus, die Staaten verklagen können, wenn Gesetze ihre Profite schmälern.

Mehrmals hat die AfD auch verlautbart, dass sie gegen den Mindestlohn und gegen große staatliche Investitionen in die Infrastruktur ist. Wie die generell unterfinanzierten Schulen und Hochschulen sowie die Sanierung und der Ausbau einer modernen Infrastruktur ohne öffentliche Gelder aussehen soll, lässt die AfD offen. Die Konzerne oder Millionäre will sie jedenfalls nicht zur Kasse bitten.

Die Truppe um Lucke will Hungerlöhne und Armut nicht beenden. Ihr geht es um die deutsche Dominanz in der EU, um marktliberale Lösungen im Sinne der Konzerne und um Wettbewerbsfähigkeit als Wert für sich. Menschen werden nach ihrer wirtschaftlichen Nutzbarkeit bewertet und bleiben oft auf der Strecke. Viele ihrer Positionen sind mit der offiziellen EU-Politik sehr gut vereinbar. Na klar, mit ihrer Kritik am Euro und ihrer ultra-reaktionären Familienpolitik (z.B. strikte Ablehnung von Abtreibungen) eckt die AfD an, aber eine Alternative zur vorherrschenden Politik ist die AfD im Europaparlament nicht. Wer eine wirkliche Alternative zur derzeitigen Politik sowie eine solidarische und friedliche Gesellschaft will (hier und europaweit), der sollte sich dafür gemeinsam mit der LINKEN einsetzen.

Constantin Braun (32) ist Politikwissenschaftler aus Altona, Mitarbeiter des LINKEN-Europa-Abgeordneten Fabio De Masi und Kandidat auf der Landesliste der LINKEN für die Wahl zur Hamburger Bürgerschaft 2015

IS-Rekrutierungen in Hamburg

Mindestens fünfzig fanatisierte Menschen aus Hamburg sind bereits nach Syrien und in den Irak gereist, um dort für den „Islamischen Staat“ (IS) zu kämpfen. Rund ein Drittel von ihnen ist inzwischen in die Hansestadt zurückgekehrt – teils desillusioniert oder traumatisiert, teils aber auch noch stärker fanatisiert. Darunter befinden sich junge Männer und junge Frauen. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher sein. Doch warum sind manche Hamburger Jugendliche überhaupt für die Propaganda des IS anfällig und wie rekrutiert er sie?

Grundsätzlich ist nicht die islamische Religion an sich das Problem. Vielmehr bieten radikale SalafistInnen und DschihadistInnen Gemeinschaft und Orientierung, Bildungs- und Freizeitprogramme an – und nicht zuletzt Rat aus muslimischer Sicht bei alltäglichen Fragen, oft in deutscher Sprache und über die so genannten Sozialen Netzwerke erreichbar. Damit bieten sie Jugendlichen, die im Zuge ihrer Entwicklung Fragen stellen und Orientierung suchen, das an, was etwa arabischsprachige Imame oder durch den Kürzungsdruck geschlossene Freizeit- und soziale Einrichtungen nicht (mehr) leisten können. Sie schließen eine Lücke im Leben der überwiegend jungen Menschen. Sie geben einfache Antworten auf komplizierte Fragen, die eigentlich nicht mit einem Ja oder Nein zu beantworten sind. Kurz, verständlich und meist im Jargon der Jugendlichen fallen die Antworten der Rekrutierer aus. Sie sprechen über Themen und Probleme, die oft in Familien, Communitys und in der gesamten Gesellschaft teils tabuisiert sind. Pierre Vogel und andere salafistische Prediger sprechen über Sexualität, Rassismus, soziale Ausgrenzung, Identitätsfragen oder sogar über die Fußball-Weltmeisterschaft.

Die meisten Jugendlichen, die in Deutschland für den IS rekrutiert werden, bewegen sich freiwillig in den genannten Gruppen. Deshalb wäre es

wichtig, Jugendliche dabei zu unterstützen, Perspektiven, Selbstbewusstsein und eine eigene Identität zu entwickeln. Das gilt für Schule, Ausbildung und Arbeitsmarkt und natürlich auch innerhalb der Familien und gegebenenfalls in der Community.

Dazu gehört aber auch, dass das Bekenntnis zum Islam in Deutschland endlich als normal anerkannt wird. Denn damit Jugendliche mit ganz normalen

viele positive Erfahrungen im neuen Umfeld. Gut erreichbare Alternativen und Hilfsangebote ohne Vorverurteilungen könnten dagegen viel verhindern. Die wenigen Beratungsstellen für Angehörige oder FreundInnen von Menschen im Fanatisierungsprozess (Kitab in Bremen, Hayat in Berlin) werden in letzter Zeit geradezu überlaufen. Sie müssen sofort gestärkt werden, auch finanziell. Nötig ist auch eine massive finanzielle,



Die islamische Religion an sich ist nicht das Problem

Fragen und Problemen überhaupt die Bereitschaft entwickeln, sich fanatisieren zu lassen, einen neuen Freundeskreis zu suchen und bisherige Kontakte abubrechen, muss es einen Auslöser, eine persönliche Krise bzw. psychosoziale Probleme geben – meist sehr subjektive Erfahrungen. Oftmals ist das die wie auch immer begründete Wahrnehmung, als MuslimIn, MigrantIn oder KonvertitIn nicht richtig zur Gesellschaft zu gehören. Dies ist nicht auf Menschen mit geringer Bildung oder schlechten Sprachkenntnissen begrenzt. Alarmismus ist meist kontraproduktiv, wer plötzlich ein Kopftuch trägt, ist noch lange keine Dschihadistin.

Diese negativen subjektiven Erfahrungen nutzen SalafistInnen und pflegen sogar eine regelrechte Opferideologie. Sie stellen das nicht Dazugehören als positiv und elitär dar. Zu einem Fanatisierungsprozess, der bis in die Reihen des IS führt, gehört aber mehr, bspw.

personelle und konzeptionelle Stärkung der Prävention in Schulen. Und vor allem müssen Jugendliche bei der Entwicklung von Selbstbewusstsein unterstützt werden.

Prävention ist aufwendig und teuer. Werden Fanatisierungsprozesse aber nicht verhindert, hilft nach deren Abschluss keine Pädagogik mehr. Um repressive Maßnahmen kommt man ab einem bestimmten Punkt nicht mehr herum. Wer nach Syrien geht um zu kämpfen, entscheidet sich dazu weitgehend freiwillig. Und muss in seinem Kampf für menschenverachtende Ziele bekämpft werden. Sowie in Kobanê, Shingal und anderen Orten.

Mit entscheidend ist es, die Gründe für Krisen und Perspektivlosigkeit und in der möglichen Folge eine Fanatisierung anzugehen. Sprich: eine gerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Cansu Özdemir

Wie die Industriestaaten der EU die Lebensgrundlage in Afrika zerstören und die Grundlagen zur Flucht schaffen

Die Flüchtlingskatastrophen vor Lampedusa im Oktober 2013 haben in den Medien mehr Aufmerksamkeit erhalten als die früheren. Dabei ist bekannt, dass das Mittelmeer schon seit Jahren ein Massengrab afrikanischer Flüchtlinge geworden ist. Die Krokodilstränen der EU-Politiker waren daher zynisch, insbesondere in Verbindung mit den Maßnahmen: die Frontex aufrüsten, Kontrollen verstärken, Boote früher abfangen und die Schlepper hart bestrafen. Die Frage, warum „die Schlepper an dem Elend verdienen“ können und wer die Grundlage für die schlechten Lebensbedingungen in Afrika schafft, werfen die Medien leider nicht auf.

Neben den vielen Kriegen, in denen es häufig um Öl und andere Bodenschätze geht, gibt es die alltägliche Ausbeutung, den modernen Kolonialismus. Kaffee, Kakao, Bananen, Tee, Ananas, Gold, Diamanten, Baumwolle, Kautschuk, Reis, Erdnüsse etc. gibt es bei uns nicht. Eine gute Rendite für westliche (inzwischen auch asiatische) „Investoren“, die dort großflächig Land kaufen oder pachten, um Lebensmittel, Blumen und Energiepflanzen für die Versorgung der eigenen Bevölkerung anbauen zu lassen. Es gibt Quellen, die von bis zu 30 Millionen ha Land durch diese Landnahme ausländischer Investoren („land grabbing“) sprechen (Die Entwickler, 11.1.2010). 1 ha – Hektar = 10 000 qm. Es fehlt entsprechend fruchtbares Land für den Nahrungsmittelanbau für die afrikanische Bevölkerung. Afrikanische Kleinbauern werden verdrängt, enteignet, vertrieben. Die rechtlosen Landarbeiter*innen, froh, überhaupt Arbeit zu haben, arbeiten zu Hungerlöhnen auf den Plantagen. Da sie ihre Familien davon nicht ernähren können, müssen häufig Kinder mitarbeiten, sie sind noch „billiger“ und werden deshalb gern eingestellt. In dieser konventionellen Landwirtschaft werden Unmengen an Gift in Form von Pestiziden, Fungiziden etc. auf die Plantagen gespritzt, was die Umwelt verseucht und die Plantagenarbeiter*innen, die ständig von einem Nebel an Gift umgeben sind,



Demonstration für Solidarität mit den Lampedusaflüchtligen

schwer krank macht. Das führt zu Atemwegserkrankungen, starken Hautausschlägen, Frauen bringen schwerbehinderte Babys zur Welt. Die verbliebenen Kleinbauernfamilien können mit den Preisen, die ihnen z.B. die Kaffeehändler*innen bieten, häufig nicht mal ihre Produktionskosten decken.

Biofairer Handel dagegen verzichtet weitgehend auf die Gifte, die entsprechenden Organisationen kaufen direkt bei den Kleinbauernkooperativen ein, um auf Gewinnabschöpfung der Zwischenhändler zu verzichten. Die Produzent*innen erhalten einen garantierten Mindestpreis, liegt der Weltmarktpreis darüber, erhalten sie einen höheren Preis. Die Kooperative erhält eine Fairtrade-Prämie zur Verbesserung der Produktion und für soziale Projekte.

Spendenaufwurf für die Lampedusa-Flüchtlinge

Es ist ruhig geworden um die Lampedusa-Flüchtlinge, die Presse nimmt sich ihrer nicht mehr so an wie noch vor einem Jahr, entsprechend ist leider auch die Solidaritätsbewegung abgeebbt. Die Flüchtlinge bedürfen aber nach wie vor dringend unserer Unterstützung! Viele von den etwa 300 Menschen sind obdachlos und haben keine Möglichkeit zu arbeiten und Geld zu verdienen.

Überweisungen bitte mit Stichwort „Lampedusa“ an das untenstehende Konto:

**KIEZ Wohnen e.V. – Kinderfreundlich Integrativ Engagiert
Zusammen Wohnen e.V.**

IBAN: DE91 2512 0510 0008 4572 00

BIC: BFSWDE33HAN Bank für Sozialwirtschaft (Hannover)

Landnahme am Beispiel des Kaffee-Importeurs Neumann aus Hamburg

Die Neumanngruppe residiert am Sandtorpark 4 gegenüber den Magellan-Terrassen in der Hamburger Hafencity. Auf der Homepage ist zu lesen:

„NEUMANN KAFFEE GRUPPE (NKG) IST DER WELTWEIT FÜHRENDE ROHKAFFEEDIENSTLEISTER. Mit 46 Unternehmen in 28 Ländern sind wir in allen wichtigen Märkten vertreten und bieten eine Fülle von hochwertigen Dienstleistungen und Produkten im Rahmen der Kaffee-Wertschöpfungskette an. Wir sind ein verlässlicher und gradliniger Partner für Kaffeeproduzenten und Röster – kleine wie große – und bringen deren unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen zum Ausgleich.“

Kaffee ist nach Erdöl weltweit einer der wichtigsten Exportrohstoffe. Jährlich werden in Deutschland durchschnittlich pro Kopf 160 Liter Kaffee konsumiert. Am 9.4.2013 sendete



Firmensitz der Neumann Kaffee Gruppe in der Hafencity

Panorama 3 im NDR-Fernsehen eine Reportage über die Vertreibung von Menschen in Uganda, die für die neuen Kaffeeplantagen des Kaffeeimporteurs Neumann Platz machen mussten.

2001 habe die Neumann-Kaffee-Gruppe Land für eine neue Plantage gesucht. Auf dem 2.500 Hektar großen Grundstück im Distrikt Mubende westlich der Hauptstadt Kampala – ideal für den Kaffeeanbau – das die Regierung anbot, lebten allerdings Menschen, viele von ihnen Kleinbauern. Nachdem sie nicht freiwillig gegangen waren, seien eines Tages Soldaten mit Baggern gekommen und hätten alles zerstört. Häuser, Ställe mit Ziegen und Bienenstöcke seien niedergebrannt, die Ernte der Kleinbauer vernichtet, Kaffeebäume,

Bananenpflanzungen abgeholzt worden. Wer noch Hab und Gut aus seinen Häusern habe retten wollen, sei mit Hilfe von Schlagstöcken vertrieben worden. Danach hätten viele im nahegelegenen Wald unter Bäumen leben müssen.

Die Neumannmanager gaben an, vorher nichts von einer gewaltsamen Militäraktion gewusst zu haben. Es habe sich um höchstens 600 Menschen gehandelt und sie seien entschädigt worden, hieß es beschwichtigend. Die Betroffenen sprechen von 4000 Bewohnern aus vier Dörfern. Einige hätten umgerechnet 30 Euro erhalten. Neues Land hätte es für die Kleinbauern nicht gegeben.

Über 2000 der Vertriebenen hatten Klage vor dem High Court of Uganda in Kampala gegen dieses Unrecht eingereicht. Die Gerichtsverhandlungen wurden elf Jahre lang verschleppt. Dann aber gab das Gericht im März 2013 den Klägern Recht. Laut der Neuen Rheinischen Zeitung (online vom 15.10.2013) hätten die Plantagenmanager über die bevorstehende Vertreibung Bescheid gewusst. Die Menschenrechte und Werte der Bewohner hätten respektiert werden müssen und das Gericht sprach den Vertriebenen eine Entschädigung von umgerechnet etwa 11 Millionen Euro zu. Neumann hat allerdings Berufung eingelegt. Damit ist das Urteil immer noch nicht rechtskräftig.

Die Neue Rheinische Zeitung berichtete in einem online-flyer außerdem, dass eine Gruppe der ugandischen Vertriebenen im Juni 2009 bei der deutschen „Nationalen Kontaktstelle“ (NKS) Beschwerde gegen Neumann eingereicht hatte. Diese Kontaktstelle ist beim Bundeswirtschaftsministerium (Auslandsinvestitionen) angesiedelt und prüft zum Beispiel bei Beanstandungen, ob Firmen im Ausland gegen den „OECD-Verhaltenskodex“ verstoßen haben. Die NKS schlug sich im März 2011 voll auf Neumanns Seite, er habe vollkommen korrekt gehandelt und die NKS forderte auf „dass die Beschwerdeführer von öffentlichen Angriffen gegen die Neumanngruppe Abstand nehmen“ (sollten). Diese Aufforderung richtet sich auch gegen die Menschenrechtsorganisation FIAN, die die ugandischen Vertriebenen unterstützt. Es folgte ein Schreiben vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Dirk Niebel (FDP) an FIAN: „Die Kaweri Plantage ist die größte deutsche Investition in Uganda und hat die Aufmerksamkeit und das Wohlwollen der Bundesregierung.“ (sic!) Weiter heißt es, dass die öffentlich geäußerten Vorwürfe nicht nur dem Neumann Unternehmen, sondern auch der ugandischen Kaffeewirtschaft schaden. Noch Anfang Oktober 2013 erklärte der scheidende Minister Niebel: „Wenn Unternehmen und Entwicklungspolitik enger zusammenarbeiten, stecken darin Chancen für alle Beteiligten.“

Anna Nandyose Katende, eine Betroffene in Panorama 3: „Sie sollen mir mein Land zurückgeben. Das ist das Einzige, was ich will. Sie sollen mir mein Land zurückgeben und mich für alles entschädigen, was ich erleiden musste. Sie haben mir meinen inneren Frieden genommen. Ich habe keinen Frieden mehr.“

Frau Blankau, was ist Ihnen unsere Gesundheit wert?

Statt sich schleunigst für die Gesundheit der Hamburger*innen einzusetzen, geht unsere SPD-Umweltsenatorin Jutta Blankau gegen ein Urteil im Sinne der Anwohner*innen in die Berufung. Was war geschehen? Seit Jahren ist die Luftverschmutzung in Hamburg und speziell in Altona sehr hoch.

Der EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm für Stickstoffdioxid (NO₂) pro Kubikmeter Luft wird ständig überschritten. Laut Hamburger Abendblatt vom 13.6.2012 ist die Max-Brauer-Allee mit einem Jahresdurchschnittswert von 67 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft die am stärksten belastete Straße Hamburgs. Die hohe Belastung schädigt die Gesundheit, chronische Bronchitis, Asthma, Anfälligkeit für Atemwegser-



Luftmessstation an der Max-Brauerallee

krankungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind die Folgen. Besonders gefährdet sind alte Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen und die empfindlichen Lungen von Kindern. So schreibt das Ministerium für Umwelt von NRW. „... und sogar die Sterblichkeit nehmen (nimmt, Anm. Verf.) in der Bevölkerung mit ansteigender Stickstoffdioxid-Belastung zu.“ Statt sich um die zügige Umsetzung von geeigneten Maßnahmen und damit um die Gesundheit der Anwohner*innen zu kümmern, beantragte die Hansestadt 2011 deshalb bei der EU-Kommission eine Fristverlängerung bis 2015, um Maßnahmen zur Minderung des Schadstoffausstoßes einleiten zu können. Jetzt haben wir 2015 vor der Tür und nichts Gravierendes ist passiert. Es wurde rumgejammert, dass trotz „eines umfangreichen Maßnahmenbündels“, die Werte bis 2015 nicht eingehalten werden könnten. Tatsächlich droht der Stadt Strafzahlungen in sechsstelliger

Höhe, wenn die EU ein Strafverletzungsverfahren einleitet.

Für die schlechten Luftwerte in den Straßen der dicht bebauten Stadtviertel ist der vermehrte Kfz-Verkehr verantwortlich. Da sind Verweise auf geplante U-Bahnprojekte zum Sankt-Nimmerleins-Tag nur zynisch. Jetzt ist die Gesundheit der Menschen gefährdet. Es müssen also bis andere langfristige Projekte greifen, Sofortmaßnahmen her: **City-Maut, Umweltplaketten, Umweltzonen, Tempolimits, stärkere Abgaskontrollen, Einschränkung des LKW-Verkehrs und anderer Dieselfahrzeuge etc.**

Das dauerte auch dem BUND zu lange und so hat ein Anwohner der Max-Brauer-Allee mit Unterstützung der Umweltorganisation geklagt und Recht bekommen.

„Die zuständige Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) ist noch am Tag der Entscheidung, ohne die schriftliche Begründung der Richter abzuwarten, in Berufung gegangen. Damit wird das Urteil vorerst nicht wirksam, und Hamburg muss zunächst keine weiteren Maßnahmen zur Luftreinhaltung ergreifen – bis in vielleicht einem Jahr das Oberverwaltungsgericht in nächster Instanz entscheidet. Für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger von Altona ist dies ein Affront sondergleichen.“ schreibt der BUND.

Die SPD-Senatorin blockiert damit weiterhin Maßnahmen zur Einhal-

tung der Grenzwerte zum Schutze der Anwohner*innen und ignoriert die Gesundheit der Hamburger*innen. Auch hier wieder: Wer es sich leisten kann, zieht weg in Viertel wie Othmarschen, Wellingsbüttel oder Nienstedten, in denen die Luft besser ist, wer es sich nicht leisten kann, riskiert seine Gesundheit.

Geben wir Ihnen die Quittung!

Keine Stimme für diese Umweltpolitik!

- Rücknahme der Berufung gegen das positive Urteil für die Anwohner*innen der Max-Brauer-Allee
- Gesundheitsfördernde Maßnahmen sofort!
- Wirksame Maßnahmen zur sofortigen Verbesserung der Atemluft
- Einhaltung der EU-Grenzwerte für Schadstoffe in der Atemluft!

Marlit Klaus

Solidarität mit Kobane!

Rojawa, kurdisch für „Westkurdistan“, liegt in Nordsyrien. Nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien wollten die kurdischen Organisationen in der Allianz gegen das Assadregime ihren Platz einnehmen. Die meistens aus Islamisten bestehenden Kräfte der sogenannten Opposition mit der Unterstützung durch USA, EU, die Türkei, Saudi Arabien und Katar haben weder die Rechte der Kurden akzeptiert noch sie als gleichberechtigten Partner behandelt. Die kurdische Bevölkerung und ihre Parteien (die wichtigste ist die Partei der Demokratischen Union - PYD) haben sich am Kampf zwischen der Opposition und dem Regime nicht beteiligt. Sie versuchten, sich in ihrer Region selbst zu verteidigen und ihr Leben selbst zu organisieren. Die Kurden haben 2013 in ihren drei Enklaven (Afrin, Cezire und Kobane) Autonomie-regierungen gebildet. In den Kantonregierungen werden nicht nur Kurden, sondern alle Minderheiten wie Araber, Christliche Assyrer u.a. vertreten. Ihr erklärtes Gesellschaftsmodell oder Verfassung kennt die Gleichberechtigung aller kulturellen, ethnischen, nationalen und Geschlechtsidentitäten. Diese basisdemokratisch entstehende, besonders auf allen Ebenen des Lebens die Freiheit, Beteiligung und Emanzipation der Frauen auf ihre Fahne schreibende Gesellschaftsform ist den Regierungen und den Islamisten ein Dorn im Auge geworden. Das Assad-Regime hatte während dieses blutigen Krieges keine Möglichkeit auch gegen die Kurden vorzugehen. Im Laufe des Krieges wurde klar, dass das Assad-Regime nicht so einfach gestürzt werden kann und dass die sogenannte Opposition mit ihrer Ideologie, Politik, Zukunftsvorstellung, Kampfmethoden usw. genauso oder noch schlimmer als Assad sein könnte. Aus dieser international unterstützten Opposition wurde ISIS, nämlich die nun weltweit allen Zeitungslesern bekannte Terrororganisation geboren.

Die Kantone von Rojawa haben sich von Anfang an unter einer Belagerung und einem Embargo gefunden. Die Türkei wollte nicht, dass eine kurdische Verwaltung in ihrer Nachbarschaft entsteht. Deswegen hat sie ihre Grenzen auch für die Medikamente und humanitäre Hilfe dicht gemacht. Auf der östlichen Seite von Rojawa liegt zwar innerhalb der Irakischen Grenzen eine kurdische Autonomieregierung von Barzani. Wegen

entstanden. Diese internationale Protestaktion und ihre Forderungen haben ermöglicht, dass endlich eine anti-ISIS Koalition auch um Kobane gegen ISIS bombardiert. Die Barzani Regierung fühlte sich gezwungen, endlich etwas für Rojawa zu tun. Die Türkei musste unter dem internationalen Druck einen Korridor für eine Gruppe der Peschmerga aus dem Nordirak mitsamt schweren Waffen nach Kobane öffnen.



Demonstration am 29. November 2014 gegen das PKK-Verbot

ihrer engen wirtschaftlichen und auch ideologisch-politischen Beziehungen zu Türkei hat diese Kurdische Regierung an der Blockade gegen Rojawa mitgemacht.

ISIS hat nach ihrem Angriff gegen die Yeziden in Sindschar angefangen, die Rojawa Kantone noch konzentrierter anzugreifen. Dieser Angriff hat im Kanton Kobane hunderttausende Menschen zur Flucht gezwungen.

Seit mehr als drei Monaten kämpft die Stadt Kobane gegen die ISIS-Banditen. Die Kämpfer und Kämpferinnen der YPG verteidigen die Stadt gegen die schwerbewaffnete ISIS. Die Hilferufe von Kobane wurden zuerst kaum gehört. Nachdem der türkische Ministerpräsident mit Freude verkündet hat „Kobani wird bald fallen!“, sind hunderttausende Menschen in der Türkei und Nordkurdistan auf die Straße gegangen. In Europa und anderen Kontinenten ist eine große Protest- und Solidaritätsaktion

Der Verteidigungskampf und Widerstand der Menschen in Kobane geht immer noch weiter. Dort wird nicht nur für die Heimat, sondern und vor allem für die Freiheit, Basisdemokratie und Frauenemanzipation gekämpft. Dort kämpfen nicht nur Kurden und Kurdinnen, sondern Menschen aus allen Völkern der Region. Hier müssen wir auch die Kommunisten aus der Türkei ausdrücklich erwähnen. Dutzende von ihnen sind in Kobane gefallen. Sie zeigen, dass „die Solidarität wirklich die Zärtlichkeit der Völker ist“ (Che Guevara).

Dagegen versuchen alle islamisch-reaktionären Regierungen der Region mit Hilfe westlicher Großmächte die Werte der Rojawa-Revolution zu ersticken. Die Hoffnung für eine solidarische Gesellschaft darf nicht diesen Herrschenden geopfert werden. Wir müssen deshalb unsere Solidarität mit dem Widerstand von Kobane hochhalten.

Irfan Cüre

Ausstellung 350 Jahre Altona

Was war, was ist, was wird

Warum ist das Tor auf Altonas Stadtwappen offen? Gibt es so etwas wie eine Altonaer Identität? Und war Altona wirklich jemals dänisch?

Die Ausstellung "350 Jahre Altona – Von der Verleihung der Stadtrechte bis zur Neuen Mitte (1664-2014)" im Altonaer Museum beantwortet alle möglichen Fragen – auch diese drei.

Seitdem Altona im Jahr 1664 vom dänischen König Friedrich III. die Stadtrechte erhalten hatte, ist eine Menge Wasser die Elbe hinuntergeflossen. Um einzutauchen in die facettenreiche Geschichte der Elbstadt, hat das historische Museum für seine Sonderausstellung zwei Grundfragen gewählt: Wo liegt Altona und welche Menschen leben hier? Über diese beiden Erzählstränge verknüpft die Ausstellung immer wieder Altonas Geschichte mit ihrem Bezug zur Gegenwart. Plötzlich wird zum Beispiel klar, dass der Altonaer Bahnhof heutzutage nicht zum ersten Mal nach Norden verlegt wird und auch nicht zum ersten Mal eine "neue Mitte" gesucht wird.

Auch die aktuellen Forderungen nach starker Bürger_innenbeteiligung werden noch viel plausibler, wenn man die Geschichte der Bürger_innenproteste in den 70er und 80er Jahren kennt: Die kräftige Mobilisierung gegen die Verkehrsplanung in Ottensen oder gegen die Errichtung des Bürohochhausviertels „City-West.“

Konzipiert ist die Ausstellung so, dass in der Mitte der Ausstellungsfläche Menschen portraitiert werden, die Altona im Laufe der vergangenen 350 Jahre beeinflusst und geprägt haben. Bekannte und Unbekannte, aus verschiedenen Epochen und sozialen Zugehörigkeiten, werden hier als stadthistorische Akteure vorgestellt. Räumlich umrahmt werden diese Altonaer_innen von der Geschichte – die vom Fischerdorf bis

zum so genannten „Trendviertel“ reicht. Wie durch eine Lupe können hier an den Außenwänden der Ausstellungsräume historische Entwicklungen exemplarisch nachvollzogen werden: vom dänischen Merkantilismus zur preußischen Industrialisierung oder vom Ersten Weltkrieg zu städtebaulichen Gigantomanie-Projekten der Nationalsozialisten.

Nicht einmal ein Jahr Zeit hatten die Mitarbeiter_innen des Altonaer Museums, um diese Sonderausstellung zu gestalten, und sie haben es mit Bravour geschafft der ereignisreichen und vielschichtigen Entwicklung Altonas gerecht zu werden. Mit Exponaten fast ausschließlich aus dem Bestand des Hauses, wird hier ein Bogen gespannt von der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft. Denn Geschichte ist eben kein eingefro-

rener Zustand sondern ein dynamischer Prozess. Deshalb fordert das Altonaer Museum die Besucher_innen auch explizit auf, kritisch hinzusehen und Er-



Altonaer Museum

gänzungen zu machen. Die Ausstellung soll sich nämlich weiterentwickeln – mit Beteiligung der Bürger_innen – genauso wie der Stadtteil Altona.

Siri Keil

Die Ausstellung läuft bis zum 11. Oktober 2015
Weitere Infos unter:
www.altonaermuseum.de

Zahlen, Fakten, Fotos

Wer etwas über die ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Kuba erfahren will, hat es schwer: Die dominierenden Medien präsentieren uns einen Mix aus Lügen und Halbwahrheiten und verschweigen wichtige Informationen und Zusammenhänge. Sie beschuldigen die sozialistische Insel der Verletzung von Menschenrechten und hofieren die sogenannten Dissidenten. Diese Art Berichterstattung lässt zudem wenig Platz für positive Meldungen.

Cuba Sí bietet deshalb **Vorträge zum Thema Kuba** an. Mit aktuellen Zahlen, Fakten und Fotos wollen wir ein realistisches Bild über das Land vermitteln. Unsere Referenten kennen Kuba sehr gut aus eigenem Erleben und werden in einer anschließenden Gesprächsrunde auf die Fragen der Gäste eingehen. Wir freuen uns auf Euer Interesse. Ladet uns ein!

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
 Telefon: (030) 24 009-455, 24 009-456
 Fax: (030) 24 009-409
 E-Mail: berlin@cuba-si.org
 Internet: www.cuba-si.org

Cuba sí
 AG in der Partei DIE LINKE

Direktkandidatinnen und Direktkandidaten für die Bürgerschaftswahlen am 15. Februar 2015 in den Wahlkreisen 3 (Altona) und 4 (Blankenese)

Im Wahlkreis 3 (Altona-Altstadt, Ottensen, Altona-Nord, Bahrenfeld, Sternschanze, Othmarschen) wurden folgende Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt:



obere Reihe: Metin Kaya, Heike Sudmann, Cansu Özdemir, Norbert Hackbusch, Hamide Scheer
 untere Reihe: Inge Hannemann, Constantin Braun, Süleyman Erdogan, Blanca Merz, Klaus-Peter Berndt



Platz 1 Norbert HACKBUSCH
Platz 2 Cansu ÖZDEMİR
Platz 3 Heike SUDMANN
Platz 4 Metin KAYA
Platz 5 Inge HANNEMANN

Platz 6 Klaus-Peter BERNDT
Platz 7 Hamide SCHEER
Platz 8 Constantin BRAUN
Platz 9 Blanca MERZ
Platz 10 Süleyman ERDOGAN

Im Wahlkreis 4 (Blankenese, Rissen, Sülldorf, Lurup, Osdorf, Groß Flottbek, Iserbrook, Nienstedten) wurden folgende Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt:



Niclas Krukenberg, Ulrike Gebauer, Karsten Strasser, Hatice Baki, Hasan Burgucuoglu, Margit Treckmann

Platz 1 Karsten STRASSER
Platz 2 Margit TRECKMANN
Platz 3 Niclas KRUKENBERG
Platz 4 Hasan BURGUCUOGLU
Platz 5 Ulrike GEBAUER

Platz 6 Hatice BAKI
Platz 7 Pascal TOEPFER
Platz 8 Aysel YILDIRIM
Platz 9 Gürsel ÖZALP
Platz 10 Kerstin Cornelia LANGSDORF

Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat,
um 19:30 Uhr im Parteibüro
Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat,
um 19:30 Uhr im Parteibüro
Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat,
um 18:00 Uhr im Rathaus Altona
Kollegiensaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg Fachforum der Linken

Jeden zweiten Mittwoch im Monat,
um 19:15 Uhr in der Geschäftsstelle
der Bürgerschaftsfraktion
Buceriusstraße 2 (Haus am Domplatz),
20095 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden vierten Dienstag im Monat,
um 19.30 Uhr im Bürgertreff Altona-Nord
Gefionstraße 3, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Trifft sich am 21.01.2015 um 19.30 Uhr
im Parteibüro, Am Felde 2, 22765 Hamburg
Auf dieser Sitzung werden die zukünftigen
Termine neu abgesprochen.

Stadtteilgruppe Elbvororte

Jeden zweiten Dienstag im Monat,
um 19.30 Uhr im Restaurant Blankenese
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook),
22589 Hamburg

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat,
um 19.30 Uhr im Stadtteilhaus Lurup
(Lesecafe), Böverstland 38, 22547 Hamburg

Stadtteilgruppe Ottensen

Jeden zweiten Montag im Monat,
um 19.00 Uhr im Parteibüro
Am Felde 2 (Ottensen), 22765 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de

Mail: info@die-linke-altona.de

Tel.: 040 – 41 35 85 20

Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg

Bank: DIE LINKE.Altona | Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

Impressum:

Redaktion: Volker Vödisch, Metin Kaya, Marlit Klaus, Hasan Burgucuoglu, Irfan Cüre, Nico Scharfe
V.i.S.d.P.: Beate Reiss • Am Felde 2 • 22765 Hamburg

Gestaltung: www.karindesarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (S. 8,10,17,18,23 oben), Marlit Klaus (S. 2-6,19,20,22), André Lenthe (S.23 unten), Ulf Schönert (S.14), Reinhard Schuldt/flickr.com (S. 11), Reinhard Schwandt (Titel, S. 7,12-13,21), <https://m.flickr.com/#/photos/guengl/> (S. 16)

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA